



**Flüchtlingsrat**  
Schleswig-Holstein e.V.

**Presseerklärung**  
Kiel, 22.2.2017

**Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums:**

## **Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht**

**Flüchtlingsrat: Information & Vernetzung gegen asylfeindliche Symbolpolitik**

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein weist den vom Bundesinnenministerium (BMI) am 15. Februar vorgelegten Referentenentwurf für ein Abschiebungsintensivierungsgesetz<sup>1</sup> vollständig zurück. Für die Durchsetzung von Ausreisepflicht bietet das geltende Aufenthaltsrecht hinlänglich Grundlagen in der Rechts- und Verordnungslage. Die nach dem Referentenentwurf vorgelegten Verschärfungen, die schon am 22. Februar vom Bundeskabinett im Eilverfahren beschlossen werden sollen, sind offenbar vor allem als restriktive Signale an die Stammtische, denn durch bestehenden Rechtssetzungsbedarf intendiert.

*"Das Gesetzesvorhaben ist ein Produkt flüchtlingsfeindlicher Symbolpolitik, die sich mit dem besorgten Seitenblick auf die Wahlurnen anschickt, vergebens Asyl und Schutz Suchende regelmäßig einer gnadenlosen Abschiebungspraxis auszuliefern",* klagt Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, über den Entwurf, über den der Bundestag ohne Beteiligung der Länderkammer allein entscheiden wird.

Der Flüchtlingsrat stimmt mit der aktuellen Bewertung PRO ASYLs<sup>2</sup> überein, dass der Gesetzentwurf weitreichende, zum Teil rechtswidrige Vorschläge beinhaltet. Unverhältnismäßige Maßnahmen wie die Abschaffung einer Widerrufsfrist bei langjährig Geduldeten oder die rechtsstaatlich fragwürdige Ausweitung von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam legt die Axt an die Grundpfeiler eines humanen und menschenrechtskonformen Flüchtlingsrechts.

Der Flüchtlingsrat ruft bürgerschaftlich und in Flüchtlingshilfe Engagierte dazu auf, sich einer quasi übergangslos von der noch unlängst gepriesenen Willkommenskultur auf ein gnadenloses Abschiebungsregime umschaltenden Flüchtlingspolitik entgegen zu stellen.

So gesehen wird das Thema *"Abschied wider Willen"* die Flüchtlingssolidaritätsarbeit in den kommenden Monaten erheblich tangieren. Der Flüchtlingsrat und lokale Kooperationspartner werden sich mit einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen in die öffentliche Diskussion einbringen. Dabei werden sowohl Informationen zu rechtlichen und in der Einzelfallarbeit bestehenden strategischen Möglichkeiten darüber, das Blatt vorausschauend zu wenden, wie auch in akuten Situationen zu agieren, zur Diskussion gestellt. Gleichzeitig soll auch die Vernetzung der sich gegen die Externalisierung Rückkehrgefährdeter lokal engagierenden Solidaritätsinitiativen unterstützt werden.

Erste Termine sind:

- Dienstag, 28. Februar, 19<sup>00</sup> Uhr, Solizentrum, Lübeck
- Mittwoch, 1. März, 17.30 Uhr, Neues Rathaus, Kiel
- Montag, 6. März, 18<sup>00</sup> Uhr, Rathaus, Norderstedt

**Mehr Informationen** und weitere Termine beim Flüchtlingsrat (T. 0431-735 000) und auf [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

gez. Martin Link

1 [http://frsh.de/fileadmin/pdf/presseerklaerungen/2017/BMI-Referentenentwurf\\_Durchsetzung-der-Ausreisepflicht\\_20170215.pdf](http://frsh.de/fileadmin/pdf/presseerklaerungen/2017/BMI-Referentenentwurf_Durchsetzung-der-Ausreisepflicht_20170215.pdf)

2 [http://frsh.de/fileadmin/pdf/presseerklaerungen/2017/Stellungnahme\\_PRO\\_ASYL\\_Gesetz\\_zur\\_besseren\\_Durchsetzung\\_der\\_Ausreisepfli....pdf](http://frsh.de/fileadmin/pdf/presseerklaerungen/2017/Stellungnahme_PRO_ASYL_Gesetz_zur_besseren_Durchsetzung_der_Ausreisepfli....pdf)